

Bündnis 90 / Die Grünen  
Bundestagsfraktion  
Büro Sylvia Kotting-Uhl, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Elektrosmog – Welcher Strahlenbelastung sind wir ausgesetzt? Was kann die Politik tun?  
Zweites Fachgespräch, Neu-Ulm, 04.04.2008

Sehr geehrte Frau Kotting-Uhl,

unter Bezug auf die Veröffentlichung Ihrer Fraktion im Internet und die Einladung zu einem Fachgespräch in Neu-Ulm am 4. April 2008 erlaube ich mir, Sie zu kontaktieren und Anregungen vorzutragen, zu denen Sie freundlicherweise im Internet ermuntern. Eine Teilnahme an dem geplanten Gespräch ist leider für mich derzeit nicht möglich.

Ich teile meine Stellungnahme in drei Abschnitte ein, (I) Einleitung (Stellungnahme zu dem Vorspann des Tagungsprogramms, „Um was es geht“), (II) Erwartungen an die Politik („was kann und muss die Politik tun“) und (III) Grundgedanken zu einer Vorsorgestrategie („Strategie im Umgang mit Strahlenexposition“), siehe Ihre Internetseite.

## **I. Einleitung**

Es ist außerordentlich erfreulich und dankenswert, dass sich Ihre Fraktion des Themas der Strahlenbelastung (vorwiegend durch Mobilfunk verursacht) weiterhin ernsthaft annimmt und damit auch eine gewisse Tradition fortführt. Ihre Partei ist somit die einzige, mit der noch ein ernsthafter Dialog zu einem Thema stattfinden kann, das einen sehr großen Teil der Bevölkerung Deutschlands belastet.

Gestatten Sie, dass ich zu - aus meiner Sicht – offensichtlichen Missverständnissen im Abschnitt „Um was es geht“ im Vorspann des Programms Stellung nehme (siehe Internetseite):

- Nicht nur elektrosensible Menschen sind schutzbedürftig sondern alle, auch im Hinblick darauf, dass sich Elektrosensibilität erst unter Strahlenbelastung entwickeln kann.
- Es besteht keinerlei Widerspruch zwischen dem berechtigten Schutzbedürfnis von Menschen einerseits und den berechtigten Interessen der Wirtschaft und der Bevölkerung andererseits, denn es geht nicht im geringsten um die Abschaffung von Mobilfunk und dessen volkswirtschaftlichem Nutzen, sondern um reine Vorsorge; Mobilfunk und Vorsorge sind verträglich.
- Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn Aktivitäten von Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen, Ärzten, Bürgerinitiativen, etc., die zur Vorsicht mahnen, so interpretiert würden, dass sie Mobilfunk abschaffen wollten.
- Die Empfehlungen der Bundesregierung zur persönlichen Strahlenminimierung und Belastungen möglichst gering zu halten, sind zwar gut gemeint, gehen aber an den

Seite 2 Schreiben FW Krämer an Bündnis 90 / Die Grünen, Bundestagsfraktion, 14.03.2008

- Realitäten des Mobilfunks vorbei; sie stellen insofern ein Kuriosum dar, als offenbar die Bundesregierung nicht zwischen potentiell Geschädigten und den tatsächlichen

Verursachern unterscheidet.

- Die Empfehlungen der Bundesregierung reichen bei weitem nicht aus, einen Schutz der Bevölkerung sicherzustellen und sollen lediglich die Inaktivität der Bundesregierung überdecken.
- Es ist richtig, individuelle Vorsichtsmaßnahmen zu propagieren, aber es muss auch anerkannt werden, dass die 24-stündige ungewollte Strahlenbelastung pro Tag eine andere Dimension darstellt als der individuelle freiwillige Verzicht auf häufige Mobilfunknutzung.

## II. Erwartungen an die Politik

Es muss dem politischen Niveau der Bundesrepublik bekannt sein, dass zahlreiche wissenschaftliche Gremien verschiedener Fachrichtungen im In- und Ausland seit Jahren eine aktive Vorsorge empfehlen. Trotzdem wird der hiesigen Bevölkerung gesundheitliche Vorsorge vorenthalten, obwohl eindeutig klar sein dürfte, dass die Passivität der Regierung zu unüberschaubaren gesundheitlichen Konsequenzen bei Menschen führen können (und wie man praktischen Erfahrungen entnehmen kann, bereits führen).

Aus meiner Sicht ist dringend ein Handeln des Staates gefragt, wenn er vermeiden will, dass auf ihn und die Gesellschaft enorme Folgekosten im Gesundheitssektor zukommen können. Wichtig ist dabei anzuerkennen, dass die gesundheitlichen und materiellen Folgen von wenigen mächtigen Interessengruppen produziert werden, aber von anderen, nämlich dem Staat, der Gesellschaft und dem Individuum getragen werden müssen.

Was bedeutet dies für die Regierung und das politische Niveau der Bundesrepublik?

Die Bundesregierung und das politische Niveau müssen entscheiden, ob sie

- sich zukünftig von wissenschaftlichen Ergebnissen der Forschungsarbeiten im In- und Ausland und den dort formulierten dringend erforderlichen Maßnahmen sowie den fachlichen Schlussfolgerungen von Ärzten / Ärztevereinigungen leiten lassen wollen oder ob sie sich wie bisher den Verharmlosungen der Mobilfunkindustrie anschließen wollen,
- vorbeugenden Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen, d.h. eine aktive und echte Vorsorge, betreiben wollen, ohne den Handlungsbedarf auf die potentiell Geschädigten abzuwälzen, wissend dass das Potential der individuellen Strahlenminimierung sehr gering ist und das Problem nicht lösen kann,
- zulassen wollen, dass in der Zukunft unüberschaubare Folgekosten im Gesundheitswesen entstehen können, die die Gesellschaft enorm belasten werden,
- zulassen wollen, dass Staat und Gesellschaft als die potentiell Geschädigten dafür verantwortlich gemacht werden, dass eine relativ kleine Gruppe der Gesellschaft (Mobilfunkindustrie) aus rein kommerziellen Interessen die Verursacher von möglichen Schäden sind, aber freigestellt sind von jeder Verantwortung für mögliche Schäden,
- bereit sind, ein eindeutiges „Ja“ zur Nutzung des Mobilfunks bei gleichzeitigem eindeutigem „Nein“ zu der Realisierungswillkür anzuerkennen und umzusetzen,
- die Absicht haben, die Empfehlungen der Europäischen Kommission (an denen sie mitgearbeitet haben) weiterhin zu missachten (siehe Details zum Vorsorgeansatz in dem Dokument „Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission, die Anwendbarkeit Vorsorgeprinzips, Brüssel, den 2.2.2000, KOM (2000) 1 endgültig“),

Seite 3 Schreiben FW Krämer an Bündnis 90 / Die Grünen, Bundestagsfraktion, 14.03.2008

- die (natürlichen und legitimen) kommerziellen Ziele der Mobilfunkindustrie höher bewerten wollen als den Schutz des höchsten Gutes des menschlichen Individuums,

- nämlich seiner Gesundheit,
- bereit sind anzuerkennen, zu vertreten und durchzusetzen, dass Mobilfunk und aktive Vorsorge nicht Gegensätze, sondern miteinander verträglich sind,
- bereit sind, ein solides Gleichgewicht herzustellen zwischen dem öffentlichen Interesse und der Verantwortung des Staates einerseits und den Zielen anderer andererseits.

**Wenn der Staat, die Regierung und das politische Niveau der Bundesrepublik den Willen haben, im Sinne des Schutzes der Bevölkerung vorsorglich zu denken und zu handeln, müssen sie dringend aktiv in den laufenden und geplanten Mobilfunkwildwuchs eingreifen. Dort, wo der Markt versagt, muss der Staat aktiv werden, auch in einer freien Marktwirtschaft, ein altes und bewährtes Prinzip eines freien Marktes.**

Ich möchte ganz eindeutig festhalten, dass es mir und vielen anderen Menschen dieses Landes

- absolut nicht um die Abschaffung von Mobilfunk und dessen volkswirtschaftlichen Nutzen geht,
- absolut fern liegt, eine Gängelung der deutschen Mobilfunkindustrie (Hersteller und Betreiber) zu verfolgen, deren kommerzielle Ziele im Interesse unserer Gesellschaft von hoher Bedeutung sind,

aber ohne Einschränkung darum geht, dass

- nicht die Mobilfunkindustrie bestimmt, ob gesundheitliche Schäden durch elektromagnetische Strahlung entstehen können oder nicht entstehen können,
- die Regierung und das politische Niveau sich befreien von dem Einfluss durch Interessengruppen und sich endlich bereit erklären, ein Problem als Problem anzuerkennen und es nicht auszusetzen, da die Realitäten hart und Wählerstimmen in Gefahr sind,
- im Interesse des Staates und der Gesellschaft eine bewusste und aktive Vorsorge, durchgesetzt von der Regierung, betrieben wird, auch, wenn erforderlich, gegen den verharmlosenden und aggressiven Einfluss der Mobilfunkindustrie und ihrer Interessengruppen.

### **III. Grundgedanken zu einer Vorsorgestrategie**

Das Prinzip der Vorsorge beruht auf der Überlegung, dass bei konsistentem und dauerndem Vorliegen von Hinweisen auf ein Gefährdungspotential nicht das Eintreffen eines Schadens abgewartet wird, sondern durch aktives Handeln das Eintreten des möglichen Schadens und dessen Konsequenzen verhindert werden soll. Diese Voraussetzungen sind im Mobilfunk zweifelsfrei gegeben, auch wenn die Mobilfunkindustrie und ihre Interessengruppen diese nicht anerkennen (auch hier ist die klare Positionierung des politischen Niveaus dringend gefragt).

Vorsorge beinhaltet, in erster Linie die öffentlichen Interessen des Staates und seiner Gesellschaft zu verfolgen, aber auch jene der Industrie angemessen zu berücksichtigen; dies ist möglich, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

Vorsorge sollte davon ausgehen, dass nur ein bestimmter Immissionswert (Leistungsflussdichte), der für den Menschen nicht gefährlich ist, beim Menschen ankommen darf; die Grenzwertdiskussion wird damit bedeutungslos.

Seite 4 Schreiben FW Krämer an Bündnis 90 / Die Grünen, Bundestagsfraktion, 14.03.2008

Vorsorge verlangt gesetzliche Regelungen im obigen Sinne und schließt eine funktechnische Bauleitplanung, Gesamtkonzept einer Netzplanung, Optimierung des Netzes, Standortplanung,

kompetente Beteiligung öffentlicher Stellen, Veränderungssperre, Unterlassungsverfügungen und politische Unterstützung ein.

Modell eines Vorsorgeansatzes kann das Modell Gräfelfing sein.

Die oft in Politik und Mobilfunkindustrie geäußerte Auffassung, Vorsorge vernichte Arbeitsplätze, ist inhaltlich falsch und soll mit Absicht von dem Kernthema ablenken. Vorsorge verlangt eine intelligente Planung, wesentlich ausgeprägter als die simple Installation von Anlagen auf Kirchtürmen im Zentrum von Wohngebieten; sie schafft Arbeitsplätze. Eine unintelligente Planung hingegen reduziert Arbeitsplätze auf ein Minimum, erhöht dafür aber den Gewinn von Unternehmen und schadet dem Staat und der Gesellschaft.

#### **IV. Schlussbemerkung**

Ihre ermunternde Internetseite und Programmankündigung für Ihr Fachgespräch in Neu-Ulm war für mich Motivation, den Versuch zu unternehmen, Sie in Ihrer Absicht, die Rolle der Politik in diesem schwerwiegenden Thema zu diskutieren und zu definieren, zu unterstützen. Ich gehöre weder zu dem politischen Niveau der Bundesrepublik noch bin ich Mitglied einer Partei oder einer Interessengruppe. Ich bin völlig unabhängig mit weltweiter Erfahrung in der Telekommunikation. Als Betroffener befasse ich mich mit der Thematik seit acht Jahren, verfolge die nationalen und internationalen Aktivitäten und gehöre dem Hessischen Landesverband Mobilfunksenderfreie Wohngebiete e.V. sowie einer Bürgerinitiative in Frankfurt am Main an, denen ich diese Stellungnahme zur Verfügung stelle.

Ich wünsche Ihnen Erfolg in Ihrem Engagement.

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich W. Krämer

Elektrosmog-Fachgespräch am 4.4. in Neu-Ulm  
<http://www.gruene-bundestag.de/cms/termine/dok/222/222788.html>

Quelle:  
HLV-Info-080320-022-kb  
20.03.2008